

Mein Programm für die Bundestagswahl

Wohlstand und Wachstum auch in der Region – Mein Programm für den Wahlkreis 174

Als Volkswirt möchte ich meine Expertise einbringen, um meinen Wahlkreis und Deutschland insgesamt wieder nach vorn zu bringen. Ich möchte dazu beitragen, dass nicht nur in den Ballungszentren, sondern auch in der Region attraktive Arbeitsplätze angeboten werden und innovative Produkte entstehen. Dafür braucht es eine gute Infrastruktur, physisch wie digital. Der demografische Wandel belastet die Unternehmen vor Ort, deshalb muss es für junge Familien attraktiver werden, auch abseits der Ballungszentren zu leben. Ein guter ÖPNV, ein gutes Straßennetz, verlässliche Schulen und eine flächendeckende Gesundheitsversorgung sind hierfür essenziell wichtig. Dafür werde ich mich einsetzen.

Die Bayern haben das Credo „Laptop und Lederhose“, für meinen Wahlkreis wünsche ich mir „High Tech und Handkäs“. Darunter verstehe ich, die Region fit für die Zukunft zu machen und dabei ihren identitätsstiftenden Charakter zu bewahren. Das schafft nur eine konsequent liberale Politik. Denn diese schreibt den Menschen nicht vor, wie sie zu denken und zu sprechen haben und sie ist offen für Fortschritt und individuelle Lebensentwürfe abseits des Bekannten und Erprobten.

Finger weg von der Schuldenbremse: Prioritäten statt Schuldenberge

Strukturelle Probleme, wie sie in Deutschland mittlerweile unübersehbar sind, lassen sich nicht mit Geld zuschütten, sie müssen an der Wurzel gepackt werden. Es ist schlichtweg falsch, wenn unsere politischen Mitbewerber behaupten, die Schuldenbremse sei eine Investitionsbremse. Deutschland priorisiert falsch. Die Konsumausgaben des Staates liegen heute rund sechsmal höher als die staatlichen Investitionen. Mit Einnahmen in Höhe von rund einer Billion Euro, also 1.000 Mrd. Euro, hat Deutschland kein Einnahmeproblem. Wir haben ein Ausgabenproblem! Die Politik muss wieder lernen, zu priorisieren. Denn die heutigen Schulden sind die Steuern von morgen und gehen zu Lasten unserer Kinder und Enkel, die dafür aufkommen müssen. Zudem brauchen wir finanzielle Spielräume, wenn Deutschland von der nächsten Krise getroffen werden sollte.

Klar ist, Griechenland, Italien und jüngst auch Frankreich sind nicht in einer problematischen Situation, weil sie sich kaputtgespart hätten. Vielmehr haben sie in der Vergangenheit Schulden gemacht, als gäbe es keinen Morgen mehr.

Zudem ist die Schuldenbremse kein Schuldenverbot. Jedes Jahr darf der Bund 0,35% der gesamten Wirtschaftsleistung an neuen Schulden aufnehmen – in Krisensituationen kann sie sogar ganz ausgesetzt werden. Je mehr Wachstum wir erzielen, desto mehr Kreditspielraum entsteht. Ohnehin bedeutet ein Prozentpunkt Wirtschaftswachstum rund 20 Mrd. Euro zusätzliche Steuereinnahmen. Statt die Schuldenbremse infrage zu stellen, müssen wir daher für mehr Wachstum sorgen. Nur so lässt sich auch unsere soziale Sicherung auf Dauer aufrechterhalten und finanzieren.

Nur wir Freie Demokraten stehen mittlerweile noch für eine nachhaltige Finanz- und vernünftige Wirtschaftspolitik, die auch den sozialen Zusammenhalt in Deutschland sichert.

Rente: Mehr Kapitalmarkt wagen

Angesichts des demografischen Wandels stößt der Generationenvertrag an seine Grenzen. Wir müssen die Chancen des Kapitalmarktes auch für die Rente nutzen. Nur so schaffen wir steigende Leistungen bei stabilen Beiträgen.

Denn die Belastung der Bürgerinnen und Bürger mit Steuern und Sozialabgaben ist historisch hoch; unter den Industrienationen leiden nur die Menschen in Belgien unter höheren Belastungen als wir in Deutschland. Künftig werden 18.6% des Bruttolohns für die Rente einbehalten. Und dennoch reicht das Geld der Rentenkasse nicht, die mit weiteren 110 Mrd. Euro Steuergeldern unterstützt werden muss.

Es wird kein Weg daran vorbeiführen, den angesichts des demografischen Wandels dysfunktional gewordenen Generationenvertrag durch eine kapitalgedeckte Komponente zu ergänzen. Mit dem Generationenkapital ist dank der FDP ein erster Schritt gemacht. Das von Christian Lindner vorgeschlagene Altersvorsorgedepot wäre der Durchbruch für eine langfristige Sicherung der Rente, weil es durch die Ausnutzung des Zinseszins-effekts und durch die vorteilhafte steuerliche Behandlung es auch bei kleinen Beträgen ermöglicht, eine auskömmliche Rente zu beziehen. Damit dies Realität wird, braucht es eine starke FDP.

Bürokratie: Vertrauen stärken, Bürokratie abbauen

Egal mit welchen Unternehmen ich spreche, alle klagen über zu viel Bürokratie und unsinnige Regelungen. Die Politik muss den Menschen wieder zutrauen, dass sie selbst in der Lage sind, ihr Leben verantwortungsvoll zu führen. Die Menschen müssen nicht von einem übergriffigen Staat erzogen werden. Sie brauchen Freiheit, um sich selbst entfalten und ihr Potenzial nutzen zu können.

Bürokratieabbau ist nicht allein eine nationale Aufgabe. Während der Ampel-Regierung haben die FDP-geführten Ministerien – anders als die Häuser der Kabinettskolleginnen und Kollegen – die Bürokratiekosten in Deutschland um mehr als 3,5 Mrd. Euro reduziert. Allerdings kamen im gleichen Zeitraum Regelungen aus Brüssel, also von der EU, die die Bürokratiekosten um 4 Mrd. Euro haben steigen lassen. Das muss sich ändern.

Zudem muss die Nachhaltigkeitsberichterstattung weg. Unternehmen haben heute ein eigenes Interesse daran, nachhaltig zu produzieren, weil es ihren Kunden wichtig ist. Zudem belasten die Meldevorschriften die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immens – auch in kleinen und mittleren Unternehmen. Denn diese müssen, sofern sie überhaupt als Zulieferer für große Unternehmen infragekommen wollen, doch auch die entsprechenden Datenpunkte liefern. Unternehmer brauchen aber Zeit in den Entwicklungszentren und Produktionshallen, nicht am PC vor Formularen. Deshalb ist ein Bürokratieabbauprogramm das beste Wachstumsprogramm.